

Leipziger  
erücht ver-  
trat aller  
Ausfuhr-  
Herdurch  
uern der  
rf für ein  
ab zu der  
Deutschland  
bei diesen  
ngem der  
Weise der  
neuer Aus-  
teil wird  
werden, das  
lande ver-  
rt werden

Auch in  
Wich be-  
le begogen  
ist. Die  
t werden,  
auf längere  
vorrat mit  
jeder über  
b ist die  
e. Wöhne-  
tigt.

re. Die  
förderungs-  
eihnachten,  
s, mehrere  
übergehend  
jedes ge-  
fekarte be-

famal hat  
ungen für  
wirtschafts-  
2. Breite-  
März 1917  
den Jahren  
eiden. Die  
Fragebogen  
eine Buch-  
et und eine  
brauch vor-

ist nicht so  
ist, als man  
tach. "In  
eine recht  
Brotstand da-  
und ich bin  
en ich gar  
nn da ge-  
ch habe ihm  
nnerzeit,  
'g' ma holt  
Brotschei-  
tchen steht  
dem Ersten  
Reich  
ender Bitte  
z ih und  
ster-Abend  
nen."

Jugend.)

eat.

lizenzbieter-

bestände mit  
dienst in der

al.

Preisen

sellschaft

reichen  
gen-

Kant-  
sche

ren  
für  
orte  
lern

der

is!

# Nachrichten für Naunhof

## Amtlicher Anzeiger



## Sächs. Landeszeitung

Illust. Sonntagsbeilage

Fernsprecher Nr. 2

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pörschen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna etc.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark 50 Pfennige ausschließlich des Postbeitrags. Anzeigenpreis: die fünfgepfaltete Körperszelle 12 Pf. An erster Stelle und für außerhalb der Amtshauptm. Grimma 15 Pf. Reklamezelle 30 Pf. Bei Wiederholung Erhöhung. Beilagegebühren nach Übereinkunft. Anzeigen-Ablösung bis vorm. 10 Uhr.

Druck und Verlag: Götz & Co. in Naunhof.

Nr. 22.

Freitag, den 23. Februar 1917.

28. Jahrgang.

### Amtliches.

Die Frist zum freiändigen Aufkauf von Kohlrüben durch die Amtshäuser der Landwirtschaftlichen Centralgenossenschaft in Dresden wird nach Anordnung des Königlichen Ministeriums des Innern nochmals bis zum 21. März 1917 verlängert.

Grimma, 21. Februar 1917.

K 201.

Der Bezirksverband  
der Königlichen Amtshauptmannschaft:  
Amtshauptmann v. Böse.

Noch Anordnung der Reichsgetreidestelle ist sämtliches Brotgetreide (Roggen und Weizen) in Zukunft mindestens bis zu 94 v. H. auszumahlen.

Diese Bestimmung tritt für die Mühlen des hiesigen Bezirks am 26. des Monats früh in Kraft. Sie gilt auch für das Selbstverzorgergetreide.

Noch dem 25. des Monats darf also im Bezirke keinerlei Brotgetreide mehr mit einem geringeren Prozentsatz als 94 v. H. ausgemahlen werden.

Die Befindliche an 80% igem Weizenmehl und 82% igem Roggenmehl, die dann noch vorhanden sind, sind von Müllern und Bäckern zunächst dem Verbrauch zuzuführen.

Zusammenhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

Grimma, 21. Februar 1917.

935 L.

Für den Bezirksverband  
der Königlichen Amtshauptmannschaft.  
Amtshauptmann v. Böse.

### Stadtgemeinderatssitzung

Freitag, den 23. Februar 1917, abends 8 Uhr.

#### Tages-Ordnung:

1. Entschließung über Abhaltung des diesjährigen Frühlings-Marktes.
2. Angebot zum Kauf eines städtischen Grundstückes.
3. Lebensmittelfragen.
4. Belehrungssachen.
5. Kohlenversorgung.
6. Weitere Kriegsversicherung.

### Ausgabe der Brotkarten.

Die für die Zeit vom 26. Februar bis 25. März 1917 gültigen Ausweis- und Zusatzkarten zum Bezug von Schwarzbrot, Weißbrot, Zwieback und Mehl werden

**Sonnabend, d. 24. Febr. 1917**  
vormittags 8 Uhr durchgehend bis  
nachmittags 1 Uhr im Rathausaal

für die Einwohner der hiesigen Stadt ausgehändigt.

Gleichzeitig findet die Ausgabe der Zufahrtskarten für Schwerarbeitende und für Jugendliche im Alter von 12 bis einschließlich 18 Jahren statt.

Die Haushaltungsvorstände werden aufgefordert, entweder selbst oder durch zuverlässige Personen, die Auskunft über die zur Haushaltung gehörigen Personen geben können, die Karten an der genannten Stelle zu entnehmen.

Unverbrauchte Abschnitte sind unabgetrennt bei Abgabe der Karten wieder abzuliefern.

Naunhof, am 22. Februar 1917.

Der Bürgermeister.

### Holz-Versteigerung auf Pörschen-Belgershainer Revier.

Es sollen unter den üblichen Bedingungen versteigert werden im Hotel zur Mühle in Lindhardt

### Sonnabend, den 24. Februar cr.

von Mittag 12 Uhr an

5 Stück, Stämme 19—16 cm Mittenfl., 8 Rm. Obh., Scheite, 2 Rm. Obh., Rollen, 1 Rm. Obh., Jacken, 6 Rm. Obh., Neste, 22 Rm. Na. Scheite, 58 Rm. Na. Rollen, 25 Rm. Na. Neste, 27 Rm. Na. Schneidereisig,

aufbereitet im Bez. Lindhardt Abt. 3, 7, 9, 14, 15, 17, 18, 20, 22, Herrenholz Abt. 23.

### Fürstliche Forstverwaltung Pörschen-Belgershain.

#### Verstummt.

Ietzt endlich läuftet die englische Regierung wenigstens ein Sippelein des Schleiers, den sie über ihre viel bedrohten Abwehrmaßnahmen gegen die gräßlichen deutschen Unterseeboote gelegt hat. Sie ließ im Unterhause feierlich erklären, daß von jetzt ab die Politik verfolgt werden solle nicht zu teilen, wie und wo Schiffe versenkt würden. Die Reederei und die Lloydgesellschaften sollten offenbar vertraulich benachrichtigt werden, für die große Öffentlichkeit aber müsse es fortan genügen zu erkennen, daß Schiffe verlorengegangen seien, selbst auf die Gefahr hin, daß sich daraufhin übertriebene Vorstellungen über den Erfolg des U-Boot-Krieges bildeten.

Ein wahrhaft heroischer Entschluß! Kann die britische Admiralin unsere schneidige U-Bootwaffe nicht töten, so kann sie doch wenigstens totgeschwiegen werden, und je weniger man von ihr zu hören bekommt, desto besser — ja für wen denn eigentlich? In Deutschland ist man, was den Seekrieg betrifft, durchaus nicht auf die Nachrichten der britischen Regierung angewiesen, und wir werden schon dafür sorgen, daß auch die außerbritische Welt hinreichend über die von Tag zu Tag sich steigernden Wirkungen unserer Seepolizei unterrichtet wird. Und die Engländer selbst? Wenn ihnen nur noch mitgeteilt wird, welche Schiffe verlorengegangen sind, so kann der Erfolg dieser Taktik höchstens darin bestehen, daß sie auch diejenigen Fahrzeuge, die nicht von unseren U-Booten zur Strecke gebracht wurden, ihnen aufs Konto zu setzen — ein Verfahren, das wir uns höchstlich sehr gern gefallen lassen können, obwohl wir es nicht nötig haben, uns mit fremden Gedanken zu schmücken. In Wirklichkeit muß natürlich die Beunruhigung im Lande nur noch größer werden, wenn die Regierung bei ihrer neuen Weisheit verblassen. Denn sie ist nichts anderes als ein Eingeständnis der Ohnmacht und wird auch als solches von der öffentlichen Meinung empfunden werden. Ober hat man es jemals als einen Beweis von Stärke angesehen, daß die französische Regierung von Beginn des Krieges an sich hörnäsig weigerte, Verlustlisten bekanntzugeben? Der Erfolg war, daß über die Höhe der Blutopfer der Republik und ihr angemessenes oder unangemessenes Verhältnis zu denen der anderen Verbündeten nur um so leidenschaftlicher gestritten wurde, und es hat vieler Geheimverhandlungen auch in den Parlamenten bedurft, bis man über diesen wunden Punkt in den gegenwärtigen Beziehungen der Weltlerlöser einigermaßen hinwegkam. Aber schließlich: warum soll der Absolutismus der Britischen Regierung nicht auf die Methoden der Britischen Machthaber abfärbeln? Was Herr Brandt durchaus verstanden hat, das wird Lloyd George auch noch fertig bekommen.

Ru schade, daß er nicht auch die Wirkungen unseres U-Bootkrieges der Öffentlichkeit vornehmen kann. Aber so weit reicht seine Macht nun doch nicht. Jeder Tag predigt jetzt den Engländern die Notwendigkeit neuer Einschränkungen auf allen Gebieten ihres nationalen Haushalts, und wenn es erst so weit sein wird, daß auch jede Einführungswirtschaft, jeder Haushalter mit den selbstverständlichen Gewohnheiten des täglichen Lebens brechen muß, weil die Dette an Nahrungs- und Verbrauchsmitteln zu kurz geworden ist, dann wird nichts mehr den stolzen Sinn des britischen Wirtschaftslebens vor dem Zusammenbruch bewahren können. Der Premierminister will in diesen Tagen wieder einmal zu seinem Volk sprechen und es auf neue weitgehende Kürzungen der Einfuhr vorbereiten. Da muß in der Tat noch vieles sehr im armen liegen, wenn man hört, daß ein liberaler Londoner Blatt über die mangelnde Einsicht in England sagt, über den vollkommenen Mangel an Sparsamkeit und zugleich über die Vaterhaftigkeit in der Hauptstadt des Reiches, die nicht länger verschwiegen werden können. Und den treuen Verbündeten wird's auch heimlich im Busen bang', sobald sie vernehmen, daß die Wareneinfuhr nach England mehr und mehr unmöglich gemacht, daß die Tätigkeit unserer U-Boote noch durch eigene Ermahnungen der englischen Regierung wirkungslos unterdrückt werden soll. Die Franzosen fürchten für ihre südländischen Weine, die sie doch unmöglich ganz allein vertreiben können, und die Italiener leben, nachdem der deutsche Markt ihnen entzogen ist, für ihre Landesprodukte überhaupt keine Absatzmöglichkeit mehr, wenn nun auch England sich vor ihnen verzögert.

Schon wird davon gesprochen, daß England drauf und dran sei, dem Ausfuhrhandel seiner Verbündeten den Todestakt zu vergeben, und das ein solcher Akt der Verzweiflung

sich nur mit der äußersten Notwendigkeit rechtfertigen ließe. Davon ist man wirklich nicht mehr weit entfernt, und der Zeitpunkt, da man es offen eingestehen muß, ist wohl auch schon gekommen. Keine Schweigefälligkeit der Regierung wird das Land über die mehr und mehr fühlbar werdende Notlage hinwegführen können.

#### Politische Rundschau.

##### Deutsches Reich.

+ Einen bemerkenswerten Wunsch äußert die Röhl. Volksatz. Sie fordert, daß Arbeiter aus neutralen Ländern zur Kohlenförderung von ihren Regierungen nach Deutschland geladen werden. Die Arbeiter sollen diejenigen Kohlemengen aus deutschen Bergwerken gewinnen helfen, die Deutschland zum Erfolg des von England den Heimatländern der Neutralen vorbehalteten Kohlemengen liefert. In diesen schweren Zeiten, wo jede deutsche Hand für das Vaterland unentbehrlich ist, erscheint dieser Wunsch durchaus berechtigt.

+ Im Hauptratschluß des Reichstags wurden Mitteilungen der Regierung über den U-Boot-Krieg gegeben. Der Staatssekretär des Außen, Zimmermann, berichtete über die politische Zone, namentlich gegenüber Amerika, und sprach zum Schluß die letzte Binsicht aus, daß wir durch die Anwendung der U-Bootwaffe das vorliegende Ziel erreichen werden.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts betonte, daß die Erwartungen, die die Marine auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gelegt habe, nicht nur erfüllt, sondern übertroffen worden seien, obgleich eine Reihe von U-Booten noch nicht von ihrer Strecke zurückkehren konnten. Die englischen Abwehrmaßnahmen hielten sich in normalen Grenzen. In der Nordsee herrschte so gut wie kein Schiffverkehr. Die neutrale Schiffahrt sei offensichtlich so gut wie eingestellt. Die Erwartungen, die das deutsche Volk an den U-Boot-Krieg knüpfe, seien durch die bisherigen Ergebnisse voll gerechtfertigt worden.

Der Staatssekretär des Innern wies zahlenmäßig nach, daß die britische Versorgung mit unentbehrlichen Bedarfsgütern (Lebensmitteln, Grubenholz) nicht an den Gefahrenpunkt herangerückt sei, der U-Boot-Krieg also auch in wirtschaftlicher Beziehung alle an ihn geknüpften Erwartungen erfülle. — Der Reichsbahndirektor Graf Roedern gab sodann einen Überblick über die finanzielle Lage.

##### Großbritannien.

× Im Unterhause erhoben mehrere englische Positifien eine scharfe Kritik der Friedensbedingungen des Vertrages. Diese Bedingungen widerstreichen der Behauptung, daß die Beweggründe Englands und seiner Bundesgenossen selbstlos seien. England begann den Krieg (angeblich) zum Schutz der kleinen Völker, doch es ließ diesen Krieg fort zur Ausdehnung seines großen Reiches. Wenn die Engländer keine Deuchler seien, sollten sie den Krieg, den sie mit sauberen Händen begannen, mit leeren Händen verlassen. Auf kommende Schlachten könne man keine großen Hoffnungen sezen. Der Krieg würde unentbehrlich bleiben. Minister Bonar Law antwortete mit einem Schwur von Ehren, in denen er die englischen Friedensbedingungen als völlig berechtigt, die Deutschlands als klar auf den deutschen Sieg begründet bezeichnete, was die Welt neuen Grauen auslegen würde. Er wagte, Deutschlands U-Boot-Krieg, der einzige eine Gegenwehr gegen die ruchlosen Auszehrungspolizei Englands bildet, als eine Terrorisierung der englischen Zivilbevölkerung und der neutralen Länder hinzustellen und drohte mit Rache für die deutschen Verbrechen.

× Nach der "Times" dürfte es sich als nötig herausstellen, zur Erhöhung des militärischen Alters auf 50 Jahre zu schreien, wenn die Aufhebung der Befreiung der Männer unter 30 Jahren kein genügendes Ergebnis haben sollte. Die "Daily News" versprach sich von diesen Maßregeln nichts. Das Blatt schreibt: Wir brauchen nicht so sehr mehr Männer in den Schießgräben als Männer auf dem Lande, in den Schiffswerften und in den Maschinenfabriken. Wenn wir nicht genug Arbeitskräfte aufstreben können, dann wird die Politik Hindenburgs gefährdet haben, gleichgültig wie viel Millionen Männer wir in Uniform stellen.

##### Griechenland.

× Trotz der bedingungslosen Annahme und Erfüllung ihres harten Ultimatums suchen die Verbündeten weiter nach Scheingründen zur Fortsetzung der Blockade. In einer neuen Note weisen sie auf die feindliche Stimmung der griechischen Presse hin und behaupten, daß der Abtransport von Truppen und Kriegsmaterial nach dem Peloponnes noch immer nicht entsprechende Garantien für die Sicherheit des Landes geschaffen habe. Wenn die Note sich, daß man trotzdem Maßregeln zur Versorgung Griechenlands mit Lebensmitteln getroffen habe, so ist das bitterer Sohn. Die Bevölkerung leidet ungälig unter der Hungersnot, auf die sie die völkerrechtswidrige Blockade spannt.

##### Amerika.

× Wie ein Funkspur des Berichterstatters der "N.Y. Times" behauptet, entwickeln sich die deutsch-amerikanischen